

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 9

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Rebellierender naher Osten

Die beigelegte ungarische Ministerkrise, die mit der Einsetzung des Grafen Teleki anstelle Imredys endete, sieht nachträglich erheblich ernster aus, als man zunächst angenommen. Imredy scheint der Mann zu sein, der auf die Diktatur zumarschierte. Wenigstens wird ihm das nachträglich vorgeworfen. (Der gleiche Vorwurf trifft übrigens auch den gestürzten jugoslavischen Premier Stojadinowitsch.) Imredy hatte seine besondern Gründe, diktatorische Gewalt zu wünschen. Im Kampfe mit den Nazis, den „Hungaristen“, wie sie sich nennen, oder auch der „Pfeilkreuzler“, gab es nur ein Wettrennen in der Erfüllung ihrer Forderungen. Darum die Judengesetzgebung und andere Maßnahmen. Man wollte den Extremisten den Wind dadurch aus den Segeln nehmen, daß man ihre Forderungen zum vornherein zu den eigenen mache. Aber man mußte feststellen, daß sie unentwegt weiter agitierten und gefährlich an Zahl zunahmen. Die Gegner Imredys schöpften Verdacht, er könnte am Ende selber mit ihnen im Bunde stehen. Und er mußte gehen.

Telekis erste Tat war das Verbot der Hungaristen. Mit andern Worten: Der unentwegten Parteigänger engster Zusammenarbeit mit Großdeutschland. Es muß in Berlin eigenartig berühren, daß die Organisation ihrer getreusten Gefolgsleute kaum einen Monat nach dem Beitritt des Achsenfreundes zum Antikominternpakt erfolgt. Man wird es nicht an die große Glocke hängen, aber man wird es mit verschwiegenem Ärger bemerken: Ungarn hat rebelliert. Es benimmt sich so, als könne es in der Tat noch eigene Wege gehen. Und die Möglichkeit erscheint am Horizont, daß es auf diesen eigenen Wegen in einer Richtung marschiert, die den großen Freund in Berlin noch ganz anders verstimmt.

Freilich steht einer konsequenten Schwenkung Ungarns die „unerlöste siebenbürgische und anderweitige Minderheit“ im Wege, und Rumänien müßte schon zu jenem unwahrscheinlichen Opfer bereit sein, das ihm von den Deutschen zugunsten Ungarns zugemutet wurde, um die stolzen Magyaren, das heißt die herrschenden Magnaten, zu befriedigen. Aber es gibt auch Strömungen in Ungarn, die mit einer billigeren Abfindung durch die Rumänen zufrieden wären. Und zwar, weil sie einsehen, was der Preis für die von Deutschland vorgeschlagene Vollbefriedigung sein würde: Im Schlepptau des Dritten Reiches zu marschieren. Irgendwo sind Pläne aufgetaucht, die von einer möglichen „Personalunion“ Rumänien-Ungarn träumen . . . Das wäre natürlich die totale Absage an Berlin. Aber es sind nur vagen Pläne.

Bedenklicher für das Dritte Reich sind die jüngsten Vorkommnisse in Polen. Wer weiß, wer die Demonstration der deutschen Studenten Danzigs gegen ihre polnischen Studiengenossen angezettelt, und damit den Studentenschaften Polens den Anlaß zu den wilden Gegendemonstrationen geliefert haben. Man hegt heute so leicht einen Verdacht, seit man weiß, wie's gemacht wird. Man wittert in enragierten Nazis verkappte Kommunisten und umgekehrt. Jedenfalls gingen in Danzig Dinge vor, die in keiner Weise dem deutschen außenpolitischen Konzept entsprechen. Berlin will „Frieden mit Polen“, nichts anderes. Polen soll als neutraler Buffer die Russen von einem Rückenangriff abhalten, falls es gegen den Westen geht. Nur um Gottes willen die Polen nicht stören. Und der Außenminister Oberst Beck, der weiß, daß ein Auskommen mit dem mächtigen deutschen Nachbar erstes polnisches Erfordernis bleibt, der trotz aufrechterhaltener Bindung an Frankreich gutnachbarliche Beziehungen mit Berlin pflegt, ist derselben Ansicht wie die Deutschen.

In den polnischen Studentendemonstrationen aber kamen Stimmungen zutage, die verraten, auf welch vulkanischem Untergrunde diese wohlgepflegte politische Freundschaft ruht. Man stellt fest, daß die Kundgebungen der Studentenschaft unter dem Patronat hoher Armeefreize stehe. Man hat Reden hoher Offiziere gehört, die von der Operation des „Geschwürs Danzig“ sprachen. Man notierte Gegenrufe der Studenten: „Aber Beck ist ein schlechter Chirurg“. Dazu gab es Prügeleien, Steinwürfe gegen deutsche Vertretungen, Geschrei: „Nieder mit Deutschland“.

Beide Regierungen tun offiziell so, als ob dem Studentengesetze keine Wichtigkeit beigemessen werden dürfe. Aber irgendwie erhalten die deutschen Kreise, die in Polen den gesicherten Rückenschutz für den Fall westlicher Verwicklungen gesehen, ein unerwartetes Bild dieser Sicherung.

Der Fall ist umso gravierender, weil er zeitlich mit dem Besuch des Grafen Ciano, des italienischen Außenministers, in Warschau, zusammenfällt. Die Studenten schreien in einem Atem: Es lebe Italien, es lebe Mussolini, es lebe Polen, nieder mit Deutschland“, und Ciano muß antworten: „Es lebe Polen!“ Selbstverständlich hat Ciano die antideutschen Rufe gehört, ignoriert sie aber. Denn die Achse muß funktionieren, und Polen ist nur die Rolle eines Sympathisierenden zugedacht, den man nicht verpflichten will. Daß dieser Sympathisierende noch vor kurzem brüskiert wurde durch die Schaffung der kleinen Zwergukraine, durch die Verweigerung einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn, und daß dabei auch Italien, der direkte Freund Ungarns und Polens, sich ärgerte, das gehörte zu den unausgesprochenen Gedanken anlässlich des Ciano-Besuchs und der Studentenstrawalle in Warschau, Krakau und Wilna . . .

Was aber Ciano in Warschau plant, ergibt sich aus andern Zusammenhängen. Binnen kurzem, wenn das spanische Problem gelöst sein wird, und wenn Mussolini jenen Punkt erreicht, der als Bedingung für die offene Anmeldung der italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich zu gelten hat, wird sich erweisen, ob Hitler Italien „Parole zu halten“ getraut. Das heißt, es wäre denkbar, daß der „rebellische Südosten“ Berlin die Hände binden könnte. Möglicherweise hat Cianos Besuch den Zweck, den Deutschen die Hände frei zu machen, d. h. bei den Polen . . . und Ungarn . . . nach den Bedingungen zu fragen, die sie für eine Verteidigung des deutschen Rückens gegen die Russen stellen. Man müßte sich nicht wundern, wenn das zurückgestellte ukrainische Abenteuer des Dritten Reiches auf die lange Bank geschoben und vielleicht die Existenz der Karpatoukraine von neuem in Frage gestellt würde.

Denn es ist sicher Italien, das befürchten muß, Deutschland könnte „wegen unabkömmlicher Beschäftigung im nahen Osten“ den Tunis- und Dschibutihandel verschieben, und das darum versuchen muß, diese lauen und rebellierenden Partner zu befängtigen, und ihnen gewisse Wünsche zu erfüllen. Wünsche, die zugleich im Interesse Italiens liegen und seine Stellung und die der Kleinen im großen Achsenkonzert gegenüber dem gewaltigen Reich stärken!

Waffenstillstand in Spanien

Am 27. Februar erfuhr das britische Unterhaus von Chamberlain, daß die britische Regierung die Regierung Francos anerkannt habe. Die französische Regierung folgt, ohne weitere Bedingungen zu stellen. Für die Westmächte existiert mit dem Beginn des Märzmonats kein republikanisches Spanien mehr.

Ob diese Tatsachen die Regierung in Madrid und vor allem den alten General Miaja, der nun als Oberbefehlshaber der Armee fungiert, mürbe machen wird, weiß man bis zur Stunde noch nicht. Aber die Gerüchte verstummen nicht mehr, und der Abschluß eines Waffenstillstandes rückt in den Bereich der Möglichkeit. Alles hängt von den Überzeugungen ab, welche die Leute um Negrin nach den Erfahrungen in Katalonien, nach der Beurteilung der Ernährungslage und der Einschätzung aller noch vorhandenen Verteidigungsmittel, vor allem aber nach dem Blick in die europäische Zukunft gewinnen. Der letzte Punkt entscheidet. Ist keine französisch-italienische Verbindung und darum keine nachträgliche Bewaffnung des „roten Spanien“ durch England und Frankreich zu erwarten, dann bringt der März die Kapitulation . . . nach allem menschlichen Ermessen.

Die öffentliche Meinung in Frankreich erwartet die Wendung von einer Mission Azanás als Präsident und der vielleicht darauf folgenden Auflösung der Regierung; ein solcher Akt könnte Miaja seines Eides entbinden, und es bliebe als moralisch rettender, wenn auch fast untragbarer Akt die Unterstellung der Armee unter das allein übrig bleibende Rebellensregime. Worauf ja Franco im Siegerübermut diese Unterstellung nicht annehmen und einfache Übergabe verlangen könnte. In welchen Formen sich der Schluß vollziehen wird, ist bei nahe gleichgültig.

Läßt es aber Negrin zur schon beinahe vorbereiteten Offensive Frankreichs . . . man spricht vom Sektor zwischen Teruel und Guadalajara . . . kommen, dann heißt das, daß die Republikaner hoffen, im Laufe des Frühlings nicht mehr „allein zu sein“. Sie täuschen sich vorläufig sicher, denn es ist Frankreich, das hofft, nicht „dranzukommen“.

Generalversammlungen

In Zürich hat die Schweizerische Kreditanstalt, zugleich auch die Eidgenössische Bank ihre Generalversammlung abgehalten. In Winterthur tagten die Herren der Schweizerischen Bankgesellschaft. Die gewöhnlichen Traktanden, Entgegennahme der Bilanz usw. sind Angelegenheiten, die der große Haufe unserer Mitbürger in der Presse liest, aber nur halb versteht; er findet in den Berichten allerlei Fremdwörter, die er nur vage nach ihrem Sinn einzuschäzen vermag. Irgendwie spricht da eine Welt zu ihm, die in ihren Beziehungen so „volkentwachsen“ denkt und spricht und handelt, wie die zünftige Nationalökonomie über eine andere Wissenschaft.

Was aber der Bürger allenfalls versteht, das sind die kurzen oder langen Allgemeinbetrachtungen, die Rechenschaftsberichte, die Erörterungen über Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, über Wünsche der Bankwelt an die Adresse des Staates usw.

Es ist sehr interessant, zu lesen, was Herr Generaldirektor Jöhr von der Kreditanstalt über „Politik und Banken“ ausgesprochen. „Je schwieriger die Zeiten, desto dringender braucht das Bankwesen möglichst Freiheit, um sich rechtzeitig anzupassen und seine Geschäftspolitik nach den Verhältnissen richten zu können.“

Die Furcht des Bankfachmannes beginnt also dort, wo er als Einzelner seine „Beweglichkeit“ zu versieren fürchtet. Dr. Jöhr hat die Vorschriften des Bankengesetzes von 1934 durchaus gelobt. Die geforderte „Mindestliquidität“, die Vorschriften über das Verhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln, die Trennung zwischen Tätigkeit der geschäfts- und aussichtsführenden Behörden, über Reservefonds oder über die Meldepflicht im Falle namhafter Kreditgewährungen an das Ausland findet er am Platze.

Aber schon die Festlegung in bezug auf die Bins Höhe der Kassenobligationen scheint ihm eine Fessel, weil damit die Bank einen Hebel verliert, um den

Zufluß und Abfluß langfristiger fremder Gelder nach ihren eigenen (und den Marktbedürfnissen) zu regulieren. Sollte die staatliche Bevormundung der Banken auf diesem Wege weitergehen, dann würden wir dort landen, wo die autoritären Staaten schon gelandet sind: Bei der obrigkeitlich dirigierten Wirtschaft. Und er lehnt im Namen der Gewerbebefreiheit und unserer demokratischen Tradition eine solche Entwicklung ab!

Eine andere Sorge tönt Dr. Jaberg von der Schweizerischen Bankgesellschaft an: Der Zinsvertrag des einfachen Sparkapitals ist zwieselig bedroht. Auf der einen Seite drücken die vielen „überflüssigen“ Sparsummen, die unverwendet auf Anlage warten, auf den Zinsfuß. Die öffentlichen Körperschaften haben an der Zinsverbilligung verdient, d. h. sie haben Einsparungen gemacht. Aber sie denken auch heute nicht daran, eine entsprechende Steuerenkung durchzuführen. Die Quoten, welche steuermäßig auf den reduzierten Zinsverträgen lasten, werden relativ immer höher, je tiefer der Zinsfuß sinkt. „Wenn dieser Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird“, so sagt der Bankfachmann Dr. Jaberg, „dann müssen wir uns bewußt sein, daß auch bei uns bald einmal anstelle der privaten Kapitalbildung der Kapital sch w u n d eintrete . . .“

Herr Jaberg sprach auch von der Kapitalflucht. Er wandte zwar diesen ominösen Namen nicht an, sondern erwähnte nur die Anlage in USA, in Kanada, und in den westlichen und nördlichen Ländern, „den politisch ruhigeren und devienwirtschaftsfreien Ländern“. Dies als Gegenstück zu den Berichten über die fachmännisch recht eigentlich genialen Verminderungen jener transfe rebelasteten, eingefrorenen und entwerteten Anlagen in bestimmten Ländern, die vor Jahren auch als „politisch ruhig“ galten und damals wegen ihrer hohen Zinssätze als besonders wichtige Aktiven gelten mußten.

Es ist durchaus lesenswert, was uns hier von den „Banknoten“ berichtet wird. Und es scheint uns nur eines daraus her vor zu geben: Dass entweder die Banken unter sich oder eine vernünftige Staatsintervention in Zusammenarbeit mit den Banken Wege finden müssten, die den Banken ein von den heutigen Nöten verschontes Funktionieren erlauben würden. Das „Wie“ ist eine Frage, über die sich aber leicht eine Revolte der verschiedenen Meinungen erhöbe.

Milchpreissetzung

Der Bund darf für die Stützung der Milchpreise im Jahre nur noch 10 Millionen ausgeben. Nach dem heutigen Stande der Dinge bedeutet dies, daß 1939 volle 26 Millionen Franken fehlen werden. Es wären diese 26 Millionen entweder aufzubringen, indem der Bund sie dennoch bezahlt; das geht aber nicht. Oder man würde den Steuerzahler Hans Soundso entlasten und dafür den Konsumanten Hans Soundso belasten. Was nicht ganz auf eins herauskommt . . . denn in diesem Falle müßte der Arme auf seinen Liter Milch gleichviel drauf legen wie der weniger Arme. Der Bundesrat ist der Ansicht, auch das gehe nicht, weil eine Preiserhöhung nur eine Konsumschrumpfung rufen und damit die Milchschwemme und folglich einen neuen Druck zeitigen müßte. Was tun, spricht Zeus.

Man schlägt vor, statt 10 nun doch 12, nicht aber 36 Milliarden auszurichten. Für den Rest sollen die Bauern sorgen. Das heißt, man empfiehlt ihnen eine weitgehende Umstellung von der Milchproduktion auf vermehrten Ackerbau. Ob das besser rentieren wird, ist nicht gesagt. Jedenfalls wird weitgehende Selbsthilfe gefordert. Und dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß das verminderte Milchquantum gesündere Preise und eine Lage schaffen werde, die dem Bunde das spätere Verrechnen der dies Jahr zu viel bezahlten 2 Millionen erlauben werde.

Ist das nun eine Lösung? Wir bezweifeln. Und fragen muß man, ob die Landwirtschaft so wenig von der Zinsfußreduktion verspürt hat, daß sie einmal eine Milchpreissenkung ertragen und damit den Milchkonsum beleben könnte . . . ? —an—